

Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Präsidialabteilung

GZ.: PräS - 20.07-1/89-4

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 hinsichtlich der Regelungen über die Säumnisbeschwerde geändert wird.

Graz, am 11. September 1992

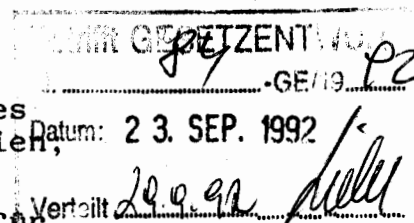
Bearbeiter: Dr. Alfred Temmel

Tel.: (0316)877/2428 od.  
2671 od. 2913 DW

Telefax: (0316)877/4395

DVR: 0087122

1. Dem Präsidium des Nationalrates  
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien,  
(mit 25 Abdrucken);
2. dem Büro des Bundesministers für  
Föderalismus und Verwaltungsreform  
Minoritenplatz 3, 1010 Wien;
3. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
4. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
5. allen Ämtern der Landesregierungen  
(Landesamtsdirektion);
6. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim  
Amt der NÖ Landesregierung  
Schenkenstraße 4, 1014 Wien,



zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung  
Der Landeshauptmann  
Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Präs - Krainer









**AMT DER  
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG**

8011 Graz, Landesregierung - Präsidialabteilung

An das  
Bundeskanzleramt  
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

**Präsidialabteilung**

8011 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter Dr. Alfred Temmel

Telefon DW (0316) 877 / 2671

Telex 311838 lrggr

Telefax (0316) 877 / 2339

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)  
dieses Schreibens anführen

GZ Präs - 20.07-1/89-4

Graz, am 11. Sep. 1992

Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985  
hinsichtlich der Regelungen über die  
Säumnisbeschwerde geändert wird.

Bezug: 601.457/2-V/1/92

Zu dem mit do.Note vom 28. September 1992, obige Zahl übermittelten Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird, wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Bestimmung des § 27 Abs.2 des Entwurfes setzt voraus, daß für das Nachprüfungsverfahren nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes die Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern zuständig sein sollen.

Dazu darf bemerkt werden, daß in der Stellungnahme des Landes Steiermark zum Entwurf des Bundesvergabegesetzes die Sinnhaftigkeit einer solchen Zuständigkeit angezweifelt wird. Die Steiermark hat daher vorgeschlagen, die Entscheidung in solchen Angelegenheiten in erster Instanz der Landesregierung zu übertragen. Deren Entscheidung soll bei den ordentlichen Gerichten angefochten werden können (sukzessive Gerichtszuständigkeit).

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme unmittelbar zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung  
Der Landeshauptmann

  
(Dr. Josef Krainer)



